Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 310. Dienstag den 20. Juni 1893. 87. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Auf Grund der heute erfolgten Zusammenstellung des Ergebnisses der am 15. Juni d. J. vollzogenen Reichstagswahl in den 54 Bezirken des XII. sächsischen Wahlkreises mache ich hiermit bekannt, daß im Ganzen 30 404 giltige Stimmen abgegeben worden sind, daß mithin die nach §. 12 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 und nach §. 20 des Reglements vom 28. Mai 1870 erforderliche absolute Stimmenmehrheit mit 15 203 Stimmen erlangt worden wäre.

Diese Stimmenzahl hat sich auf keinen der Candidaten vereinigt.

Es haben erhalten:

Herr Photograph Carl **Pinkau** hier	11 784	Stimmen
„ Prof. Dr. Ernst **Hasse** in Leipzig-Gohlis	10 826	„
„ Maurermeister Otto **Enke** hier	7 077	„
„ Landtagsabgeordneter Eugen **Richter** in Charlottenburg	698	„

der Rest der Stimmen hat sich zersplittert. Es hat sonach eine engere Wahl zwischen Herrn Photograph **Pinkau** und Herrn Prof. Dr. **Hasse** stattzufinden und wird dazu hierdurch

Freitag, der 23. Juni d. J.

als Termin bestimmt.

Leipzig, am 19. Juni 1893.

Der Wahlcommissar für den XII. sächsischen Wahlkreis,
Heßler.

Ausschreibung,
Neubau Grassi-Museum in Leipzig betr.

Die Herstellung der Stampfbetongewölbe für den Neubau des Grassi-Museums soll in öffentlicher Submission vergeben werden.

Die Bedingungen und Kostenvorschläge können bei unserer Hochbauverwaltung Rathhaus, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 6, gegen portofreie und bestellgeldfreie Einsendung von 1,50 ℳ bezogen oder daselbst kostenlos eingesehen werden.

Die Zeichnungen liegen im Bureaux des Grassi-Museums — Eingang Kramerstraße — zur Einsichtnahme aus, auch wird daselbst nähere Auskunft ertheilt.

Die Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Grassi-Museum, Herstellung der Stampfbetongewölbe betr.",
bis zum 30. Juni c., Vormittags 10 Uhr, im Rathhause, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, portofrei einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern, bezw. die Theilung der Arbeit und die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 15. Juni 1893.
L. 967V. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Lindner.

Freiwillige Grundstücksversteigerung.

Erbtheilungshalber sollen die zum Nachlasse der Frau Amalie Friederike verehel. Carle verw. gewesene Deubel geb. Klunze in Gautzsch gehörigen Grundstücke, als:

1) a. der Hofplatz Nr. 34a des Flurbuchs für Gautzsch, 6 Quadratruthen groß und mit 0,47 Steuereinheiten belegt,
b. der Garten Nr. 34b desselben Flurbuchs, 12 Quadratruthen groß und mit 0,94 Steuereinheiten belegt,
eingetragen auf Fol. 50 des Grund- und Hypothekenbuchs für Gautzsch,
2) a. das Hausgrundstück mit Hofraum und Garten Nr. 33a des Flurbuchs, 9 Quadratruthen groß, mit 85,96 Steuereinheiten belegt,
b. der Garten Nr. 33b des Flurbuchs, 5 Quadratruthen groß, mit 0,89 Steuereinheiten belegt,
eingetragen auf Fol. 51 des Grund- und Hypothekenbuchs für Gautzsch,

beide Grundstücke, und zwar
zu 1) auf 4500 ℳ,
zu 2) auf 800 ℳ
amtsgerichtlich taxirt, auf Antrag der Erben

den 5. Juli 1893, Vormittags 11 Uhr,

im Gasthof „Zur goldenen Aue" in Gautzsch freiwillig meistbietend versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den im bezeichneten Gasthof und am hiesigen Gerichtsbrete aushängenden Anschlag hierdurch bekannt gemacht wird.

Leipzig, den 12. Juni 1893.
Königliches Amtsgericht, Abth. V, Sect. 1.
Kunze. Döling.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden laut hier erstatteter Anzeige:

1) **ein Damenstellettekasten** von Schildkrot, ca. 50 cm lang und breit, ca. 20 cm hoch, mit einem durch Schildkrotsäulen getheilten Kryhstallspiegel und einem Gemälde auf der Rückseite desselben, **17 Stück neue Hüte** — rothe Tuchmützen — mit schwarzen Quasten, **50 Stück gestickte Rosenbüschchen** von Krystallglas, **12 Stück alte Pistolen** mit Feuerschloß und **6 Stück Pistolenhalter** von Leder, bei Nr. 25, October vor. J.;
2) **eine goldene Damenuhr** mit eingravirtem Vergißmeinnichtkranz und anhängender **schwarzer Kette**, am 8. d. M.;
3) **eine silberne Remontoiruhr** mit Gerade, schwarzem Fleck auf der Rückseite und kettengliedriger Nickelkette, am 10. d. M.;
4) **ein Opernglas** mit altem gesprungenen Elfenbeingestell und einer unbekannten Firma auf der Mitte des Gestelles, vom 15. bis 18. d. M.;
5) **4 weiße Bettücher, 2 Bett- und 2 Kopfkissen-Ueberzüge**, weiß und roth gemustert, mit dem theils aufgenähten Zeichen „C. W.", **2 Kopfkissen-Ueberzüge**, weiß-, roth- und blaugestreift, **ein weißes Badetuch** mit bunter Kante und **2 Mannshemden**, „H.", gez., vom 12. bis 13. d. M.;
6) **ein schwarzer Frack** mit Stoffrestel und der Firma „B. Bauer, Coburg" in letzterem, am 12. d. M.;
7) **ein Damen-Regenschirm**, gebraucht, mit schwarzseidenem Bezug und rundem Elfenbeingriff mit dem Monogramm „H. H", am 2. d. M.;
8) **70 Stück Visitenkarten**, am 5. d. M.;
9) **ein Handwagen**, vierrädrig, goldbraun gestrichen, mit Leitern und Kastenaufsatz, am 13. d. M.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder über den Thäter sind angelegentlich bei unserer Criminalabtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 13. Juni 1893.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider.
Dr. Finck, Crim.-Comm.

Sparcasse Liebertwolkwitz.

Unsere **Zweiggeschäftsstelle** in **Paunsdorf** befindet sich in der Wohnung des Materialwarenhändlers Herrn **Franz Oeder** daselbst und expedirt **jeden Montag und Donnerstag Nachmittags von 3—6 Uhr.**

Die Einlagen werden mit 3½ % verzinst.

Die Verwaltung.
Duck.

Sparcasse Liebertwolkwitz.

Unsere **Zweiggeschäftsstelle** in **Taötteritz** befindet sich in der **Wohnung** des Herrn Lehrer und Organist **Richard Schäfer** daselbst, **Schulstraße 4**, und expedirt **jeden Donnerstag Nachmittags von 5—7 Uhr.**

Die Einlagen werden mit 3½ % verzinst.

Die Verwaltung.
Duck.

Das Wahlergebniß vom 15. Juni.

ss. Das Wahlergebniß vom 15. Juni ist nunmehr beinahe vollständig bekannt. Es sind 213 Abgeordnete gewählt und haben 183 Stichwahlen stattzufinden. Die vorliegenden Zahlen gestatten aber noch immer kein sicheres Urtheil über das Parteienverhältniß im künftigen Reichstag und das Schicksal der Militairvorlage. Es ist nicht nur die ungeheure Menge der Stichwahlen, welche die Hauptfrage im Dunkeln läßt, auch die Angaben über endgültige Wahlergebnisse sind in Bezug auf die Parteistellung der Gewählten zur Stunde noch vielfach schwankend. Die neuen Kräfte, welche sich in den Wahlkampf eingeschoben haben, der Bund der Landwirthe, die Antisemiten, bayerische Particularisten, der Militairvorlage geneigte Klerikale u. s. w., verursachen widersprechende Ansichten über die Parteizugehörigkeit einer größeren Anzahl von Abgeordneten und zur engeren Wahl gelangten. Dies wird sich in den nächsten Tagen klären. Sicher ist schon jetzt, daß an den Stichwahlen Socialdemokraten und Nationalliberale weitaus am stärksten betheiligt sind. Für die Nationalliberalen bedeutet dies einen um so größeren Erfolg, als sie nicht wie die Socialdemokratie in allen und wie die „Freis. Volkspartei" in mehr als der Hälfte aller Wahlkreise Candidaten aufgestellt hatten. Die nationalliberale Partei war gerade in einem Drittel der Wahlkreise mit Bewerbungen, darunter einige Zählcandidaturen, hervorgetreten. Das Zahlenverhältniß der als Anhänger der Militairvorlage oder mit „freier Hand" gewählten Klerikalen zu der Gefolgschaft des Herrn Lieber steht gleichfalls nicht fest. Erfolglos sind die Bemühungen der Herren v. Schorlemer, v. Huene und v. Schalscha nicht geblieben, wenn auch gerade diese Persönlichkeiten nirgends gewählt worden sind. Im Großen und Ganzen hat die alte und festgefügte Organisation des Centrums noch einmal ihre Schuldigkeit gethan, ganz besonders am Rhein. Indessen ist diese Partei, auch abgesehen von der Wahl von klerikalen Freunden der Militairvorlage, von manchem schweren Schlag betroffen worden. Sie hat eine Anzahl bisher sicherster Sitze in der Stichwahl zu vertheidigen und zwar zum Theil (in Bayern) gegen bisherige Anhänger. Selbst Graf Preysing muß sich mit einem ultramontanen Bauernbündler noch einmal messen, gegen Sigl ist der Centrumscandidat im ersten Wahlgang unterlegen. Die bäuerliche Bewegung hat auch sonst Erfolge zu verzeichnen, nicht so sehr, indem sie unreife Abgeordnete des „Bundes der Landwirthe" in den Reichstag entsendet, sondern dadurch, daß sie ihre Bestrebungen innerhalb bestehender Parteien zur Geltung zu bringen vermocht hat. Wie es scheint, ist das bei Gründung des „Bundes" gegebene Versprechen, derselbe werde sich nicht in den Dienst einseitiger Parteisendenzen stellen, ziemlich allgemein gehalten worden — eine Erscheinung, die besonders im Interesse der Landwirthschaft lebhaft zu begrüßen ist.

Die Fortschritte der Antisemiten lassen sich noch nicht ganz übersehen. So groß, wie die Anhänger der Partei gehofft und geglaubt haben, sind sie schwerlich. Böckel konnte sich nur durch Bekehrung zu der am 6. Mai von ihm abgelehnten Militairvorlage das Mandat retten, und Werner, der in letzter Stunde dieselbe Wandlung durchmachte, ist nicht einmal so weit gekommen. Er steht (in Hofgeismar) zur Stichwahl und zwar nicht mit einem Philosemiten oder Socialdemokraten, sondern mit einem Freiconservativen. Die Erfolge Ahlwardt's werden die eigenen Parteigenossen, mit geringen Ausnahmen, schwerlich zu den Siegen rechnen.

Ueber die Bedeutung der socialdemokratischen Erfolge gehen die Ansichten auseinander. An manchen Stellen macht sich eine große Gelassenheit gegenüber dem zweifellos sehr starken Anwachsen der socialdemokratischen Stimmen bemerkbar. Nun theilen auch wir die Auffassung, daß die in dreihundert und etlichen neunzig Wahlkreisen zusammengebrachten socialdemokratischen Stimmen nicht sehr viel für die Ausbreitung der social-revolutionairen Ideen beweisen. In der Mehrzahl der Fälle ist die Abgabe eines socialdemokratischen Stimmzettels weiter nichts, als der Ausdruck der Unzufriedenheit, oft mit Zuständen und Gesetzen, die gerade der Socialdemokratie genehm sind. So manche Stimme ist beispielsweise den Socialdemokraten von Wählern zugefallen, die sich durch die Sonntagsruhe geärgert, wenn nicht geschädigt fühlen. Die Socialdemokratie ist aber diejenige Partei, von der eine Einschränkung der gesetzlichen Sonntagsruhe am wenigsten erwartet werden kann. Noch viel merkwürdiger, aber ebenso erklärlich ist die unbezweifelte Thatsache, daß die Vergünstigungen, die den Arbeitern durch die Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzgebung auf Kosten auch des Mittelstandes gewährt worden sind, viele kleine Arbeitgeber bestimmt haben, der — socialistischen Arbeiterpartei ihre Stimme zu geben. Es ist eben nicht immer die Logik, die den Stimmzettel aussucht, sondern oft das augenblickliche Sentiment. Deshalb ist dies Anwachsen der socialdemokratischen Stimmen nicht als ein so sehr bedenkliches Symptom anzusehen. Ganz anders würde es sich mit einer sehr starken Vermehrung der socialdemokratischen Mandate verhalten. Eine Reichstagspartei mit 60 Mandaten ist ein Jedermann erkennbarer Machtfactor, und die Macht imponirt und fascinirt. Diese Erkenntniß ist es vor allen Dingen, welche die Führer der Socialdemokratie so großes Gewicht auf eine starke Vertretung im Reichstag legen läßt und die fanatische Verfolgung der dem Parlamentarismus — principiell richtig — widerstrebenden „Unabhängigen" erklärt. Bisher, auch im letzten Reichstag, ist die socialdemokratische Fraction doch nicht mehr als eine Gruppe gewesen. Wird sie zu einer häufig den Ausschlag gebenden Partei, so bildet sich im Lande eine Gewöhnung an den socialdemokratischen Einfluß heraus, es wird die richtige Vorstellung zurückgedrängt, daß die Socialdemokratie ein von allen anderen Parteien verschiedenes Gebilde ist, daß sie die Negation der Staats- und Gesellschaftsordnung repräsentirt. Hierin liegt die Gefahr, die noch vergrößert würde, wenn die oft von Vielen, zur eigenen Beruhigung, dem Bürgerthum vorgetragene Irrlehre, die Socialdemokratie sei im Begriff, sich zu einer kleinbürgerlich-demokratischen Partei zurückzuentwickeln, weitere Verbreitung finden sollte.

Unter diesem Gesichtspuncte wollen die bevorstehenden Stichwahlen betrachtet sein. Und hier wird diejenige Partei die interessanteste, die zur Zeit als parlamentarische Partei gar nicht existirt: die annoch mandatslose freisinnige Volkspartei. Es ist noch niemals dagewesen, es ist unglaublich, es ist komisch, aber es ist dennoch wahr: die deutschfreisinnigen Wähler im Lande sollen sich bei Abgabe ihrer Stimmzettel nach Anweisungen richten, welche von einer Berliner Centralleitung ausgehen, der kein einziger Reichstagsabgeordneter angehört. Herr Richter, dieser Bischof in partibus infidelium, verlangt es mit einer durch die Mißerfolge der letzten Tage in nichts geminderten Rücksichtslosigkeit, und es erleidet keinen Zweifel, daß er seine Befehle zu Gunsten der Socialdemokratie, des Centrums, der Welfen ꝛc. zu geben entschlossen ist. Die „Freis. Ztg." bezeichnet es als Hauptaufgabe, die Militairvorlage, wenn noch möglich, in den Stichwahlen zu Falle zu bringen, sodann die Bildung einer neuen Cartelmehrheit zu verhindern. Daß die letztere ausgeschlossen ist, liegt auf der Hand, es handelt sich für Herren Richter selbstverständlich nur darum, gewisse 1887—90 eingepflanzte und, wie die Wahlen zeigen, jetzt eingeschlummerte Leidenschaften zu erwecken. Es ist überhaupt unglaublich, mit welchen handgreiflichen Unwahrheiten der ehemalige Parteiführer vereinzelte Stücke aus den Trümmern seiner Herrlichkeit zu retten sucht. Handgreiflich im wahren Sinne des Wortes. So steht an der Spitze der „Freis. Ztg." vom Sonntag in fetten Lettern zu lesen, die freisinnige Volkspartei sei an mehr als 40 Stichwahlen betheiligt. Dicht daneben, auf der anderen Spalte, findet sich der Schiffs- oder vielmehr Wrack-Katalog der bisherigen volksparteilichen „Siege", und aus ihm geht hervor, daß die Partei bis dahin nur in 31 Wahlkreisen in die Stichwahl gelangt war! Dieser mehr für ihren Urheber charakteristischen als politisch wichtigen Lüge folgt die zweite, dankbarere, die Centrumspartei habe „die Parole ausgegeben, bei den Stichwahlen unter allen Umständen gegen die Socialisten zu stimmen". Das ist unwahr. Die „Germania" hat im Gegentheil in einer den Lesern der „Freis. Ztg." vorenthaltenen Auseinandersetzung die Parole ausgegeben, daß Nationalliberale und Freiconservative auch nicht gegen Socialdemokraten unterstützt werden dürfen. (Vgl. unter „Deutsches Reich" die Nachrichten aus der Pfalz. Red.) Die Napoleonischen Depeschen über den Brand von Moskau und was ihm folgte, sind durch Herrn Richter übertroffen. Auf derselben Höhe der Wahrhaftigkeit wie ihre thatsächlichen Angaben steht die Versicherung der „Freis. Ztg.", die Volkspartei habe aus ehrlicher Ueberzeugung die Militairvorlage bekämpft. Herr Richter aber hat in einem von ihm unterzeichneten, auf die nationalgesinnten Wähler berechneten Flugblatt auseinandergesetzt, daß es sich bei der Militairvorlage nicht um ein Princip, sondern nur um eine Quantitätsfrage und noch dazu um eine unerhebliche („nur 11 000 Mann weniger") handle, während er allerdings einem andern Publicum gegenüber eine grundsätzliche Abneigung gegen die Steigerung des Militarismus bekundet hat. Wo war da die Ehrlichkeit, wo die Ueberzeugung? In Wahrheit ist die Leitung der Volkspartei das Opfer einer Selbsttäuschung geworden, man glaubte die Militairvorlage beim Volke „namenlos verhaßt" und richtete sich danach ein. Und jetzt, bei den Stichwahlen, glaubt man thun zu müssen, was vorher aus fühler, glücklicherweise falscher Berechnung geschehen ist. Auch die der Parteileitung nahestehende „Volkszeitung" läßt keinen Zweifel darüber, daß für die Stichwahlen die Parole „gegen die Militairvorlage", d. h. „für die Socialdemokratie" in Aussicht genommen ist. Es fragt sich nur, ob die Wahlkreise im Lande Folge leisten werden. Geschieht es, dann werden sich die für die Militairvorlage eintretenden Parteien auch dem Deutschfreisinn nicht aufdrängen, obwohl für den andern Fall selbst die „Kreuzzeitung" erklärt, daß sie „als völlig unnahbar nur die Socialdemokratie betrachte".

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 19. Juni. Zu den unerfreulichsten Erscheinungen, die bei den Wahlen am 15. d. M. hervorgetreten sind, gehört jedenfalls die, daß trotz der Wichtigkeit der Entscheidung abermals Millionen von stimmberechtigten Wählern den Wahlurnen ferngeblieben sind. Die Münchener „Allgem. Ztg." registrirt diese Thatsache mit folgenden bitteren Bemerkungen: „Eine der bedauerlichsten Erscheinungen des 15. Juni war die auch diesmal wiederholte Erfahrung, daß selbst in großstädtischen Wahlkreisen, wo die Einsicht in die Nothwendigkeit der Parteinahme in vaterländischen Angelegenheiten doch alle Stände durchdringen sollte, die zahlreichste Partei vielfach diejenige war — die überhaupt nicht auf dem Wahlplatz erschien. Diese Erscheinung erhält noch eine grelle Beleuchtung durch die nur zu oft gemachte Bemerkung, daß zu den Fahnenflüchtigen, die sich zu dem Opfer eines Ganges von wenigen Minuten bis zur nächsten Wahlurne nicht aufschwingen konnten, auch sonst gebildete Männer gehören, ja daß solche einen ansehnlichen Theil der pflichtvergessenen Wahlberechtigten ausmachen. Man kann sich darüber allerdings kaum mehr wundern, nachdem die letzte Reichstagssession gezeigt hat, daß unter unsern freigewählten Volksvertretern nicht wenige es für erlaubt und anständig halten, an der Stätte, wo sich der Rath der Nation versammelt, durch öftere, zuweilen sogar gewohnheitsmäßige Abwesenheit zu glänzen, aber für den politischen Charakter unserer [illegible]en Landsleute, die in dieser Richtung zu sonst sehr verä[illegible]ch angesehenen Völkern in schroffem Gegensatz sich befinden, können derartige Thatsachen gewiß nur ein tiefbeschämendes Armuthszeugniß ablegen."

C. H. **Berlin**, 19. Juni. In Stuttgart wird am 8. Juli ein Verbandstag abgehalten werden, der größerer Beachtung verdient; in der schönen schwäbischen Hauptstadt treffen sich die Handlungsreisenden, deren junge Organisation mächtig erstarkt ist. Die französischen Machthaber, wir denken hier in erster Linie an Gambetta, wußten, welche Macht die Handlungsreisenden repräsentiren, und verfehlten darum auch nie, auf ihren Banketten zu erscheinen. Die deutschen Handlungsreisenden sind weit besser organisirt als die französischen und verdienen daher auch noch mehr Beachtung. Für ihren diesjährigen Congreß haben sie eine sehr wichtige Tagesordnung festgesetzt; es soll über die sociale Gesetzgebung mit besonderer Berücksichtigung unserer Genossenschaftsgesetze, über Auswüchse im Handelsstand (Detailreisen, Hausiren, Consumvereine) verhandelt werden; ferner soll die sehr wichtige Frage der Reise-Legitimationskarten besprochen, die Zwecke und Ziele des Verbandes erörtert und die Stellenvermittelung zur Debatte gestellt werden. Da für die Handlungsreisenden die Frage der Eisenbahn-Reform ungemein wichtig ist, so wird auch dieses Thema den Verbandstag beschäftigen; Rechtsanwalt A. Jacob aus Pforzheim ist als Referent bestellt. Das Auskunftswesen im Handelsstande bedarf gleichfalls Verbesserungen mannigfacher Art, und darum ist auch diese Angelegenheit in den Kreis der Berathungen des Verbandstages gezogen. Die Herren haben also eine sehr reichhaltige und nicht nur für Handlungsreisende wichtige Tagesordnung in Stuttgart zu erledigen. Praktisch, wie die Handlungsreisenden sind, haben sie für die auf der Tour befindlichen Collegen Reiserouten zusammengestellt, auf denen man am schnellsten Stuttgart erreichen kann.

⋈ **Berlin**, 19. Juni. (Telegramm.) Nachdem aus 396 der 397 Reichstagswahlkreise das Wahlergebniß bekannt geworden ist und von den aufgestellten Candidaten 213 als definitiv gewählt gelten können, während 184 in die Stichwahl kommen, stellen sich nach der Rechnung der Gegner der Militair-Vorlage die Aussichten dieser Vorlage ungefähr folgendermaßen: Es sind 101 sichere Anhänger der Militairvorlage gewählt. Ferner finden in 27 Wahlkreisen Stichwahlen zwischen sicheren Anhängern der Militairvorlage statt, so daß sich etwa 128 Wahlkreise für die Vorlage entschieden haben. Gegen die Vorlage wurden gewählt 100 Candidaten, ferner finden Stichwahlen statt zwischen Gegnern der Militairvorlage in 21 Wahlkreisen, so daß sich ca. 130 Wahlkreise gegen die Vorlage entschieden haben. Von den alsdann in Rechnung zu ziehenden Stichwahlen zwischen Gegnern und Anhängern der Militairvorlage darf man 45 für die Anhänger und 50 für die Gegner als sicher annehmen, so daß sich das Verhältniß 173 : 180 stellt. Die restirenden 44 Mandate, die zum größten Theil in Händen von Centrumsmitgliedern liegen, sind zweifelhaft, und es wird sich bei der Abstimmung darum handeln, wie viele Abgeordnete sich darunter freie Hand vorbehalten haben. — So die Rechnung der Gegner der Vorlage; viel anders fällt freilich auch die Wahrscheinlichkeitsberechnung der Freunde der Vorlage nicht aus.

∞ **Berlin**, 19. Juni. (Telegramm.) Die gesammte hiesige Presse bezeichnet den Ausfall der Wahlen in Elsaß-Lothringen im deutschnationalen Sinne als durchaus günstig.

++ **Berlin**, 19. Juni. (Telegramm.) Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Kreisschulinspector Ruge ist gestorben.

— Oberstlieutenant a. D. M. von Egidy sprach Sonntag Mittag im Wintergarten vor einem sehr zahlreichen Publicum. Dasselbe bestand, wie in allen Versammlungen des Herrn von Egidy, aus Männern aller Lebensalter und Berufsstände und namentlich aus — sehr vielen Frauen. Die Rede des Herrn von Egidy zerfiel in zwei Abschnitte. Der erste handelte von seinen Bestrebungen. Der zweite galt der Stellungnahme zu der bevorstehenden Stichwahl im 1. Berliner Reichstagswahlkreise. Herr von Egidy lehnte dabei jede persönliche Parteinahme ab, indem er es seinen Wählern vollständig überließ, ihre Entscheidung selbst zu treffen. Egidy kritisirte sodann die freisinnige Partei, welche sich den Anforderungen der Gegenwart nicht mehr gewachsen gezeigt habe. Schließlich erklärte Herr von Egidy, daß er wiederkommen werde. Wann, wisse er noch nicht, vielleicht zum Herbst bei den Landtagswahlen, vielleicht auch schon früher. Sobald die richtige Stunde schlage, werde sie ihn bereit finden. Die Versammlung ging nach ½2 Uhr mit Hochrufen auf Herrn von Egidy auseinander.

* **Kiel**, 19. Juni. (Telegramm.) Der Kaiser traf um 7½ Uhr, vom Prinzen Heinrich empfangen, ein, begrüßte im Schlosse die Prinzessin Heinrich und begab sich unter dem Salut der Flotte an Bord der „Hohenzollern". Vormittags 10 Uhr ging er an Bord der Rennyacht „Meteor" in See.

* **Weimar**, 18. Juni. Die Stichwahlen in den drei weimarischen Wahlkreisen werden statt am 24. eist am 26. Juni stattfinden. Am 24. ist nämlich des Großherzogs Geburtstag.

j. **Meiningen**, 19. Juni. Wie das hiesige „Tgbl." meldet, wurde in Wasungen ein socialdemokratischer Agitator verhaftet, weil er Stimmen für seine Partei gekauft hatte. — Das Landesherrliche Schöffengericht verurtheilte den Redacteur Arthur Hofmann vom socialdemokratischen „Thür. Volksfr." wegen Beleidigung des Lederfabrikanten Emil Brüderlein in Pößneck zu 60 ℳ Geldstrafe und zur Kostentilgung. Wegen unmittelbar darauf erfolgender erneuter Beleidigung ist H. aufs Neue in Anklagezustand versetzt worden.

* **Hannover**, 18. Juni. Der welfische Candidat für Hannover, Rechtsanwalt v. Dannenberg, hat bekanntlich bestritten, die von uns übernommene vielberufene Auslassung gethan zu haben und hat eine andere Version als richtig bezeichnet. Jetzt wird im Inseratentheil hannoverscher Blätter folgende Erklärung veröffentlicht: „Der Candidat der deutsch-hannoverschen Partei, Herr Rechtsanwalt v. Dannenberg, verwahrt sich in einer „Erklärung" im „Hann. Tagebl." und „Hann. Anz." dagegen, daß er die Aeußerung „Besser einen Krieg verlieren, als noch einen Groschen für das Militair bewilligen" in der vor 14 Tagen abgehaltenen Lindener Wählerversammlung im „Pestkorn" gethan habe, und erklärt die gegentheiligen Nachrichten für